

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Anke Beilstein (CDU)

und

Antwort

des Chefs der Staatskanzlei

Anzeigenkampagne zur Realschule Plus

Die **Kleine Anfrage 1724** vom 10. September 2008 hat folgenden Wortlaut:

Am 28. August 2008 wurde das Landesgesetz zur Änderung der Schulstruktur in den Landtag eingebracht. Im Fachausschuss wurde aktuell ein Anhörungsverfahren beschlossen, dessen Ergebnisse am 20. November beraten und ausgewertet werden sollen. Frühestens im Dezember 2008 kann das Gesetz in Plenum beschlossen werden.

Bereits jetzt erscheinen landesweit Anzeigen, die suggerieren, dass die Realschule Plus Gesetzeslage ist. Unter der Überschrift „Realschule Plus: Gemeinsam besser weiterkommen“ heißt es: „Die neue Realschule Plus bietet Hauptschul- und Realschulbildungsgang gemeinsam an.“

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Von wem wurde diese Anzeigenkampagne in Auftrag gegeben und welches Ziel hat sie?
2. Wie beurteilt die Landesregierung den Umgang des Auftraggebers mit dem Landtag als Gesetzgebungsorgan – sowohl rechtlich als auch vor dem Hintergrund des gebotenen Respekts im Bezug auf die Tatsache, dass das zugrunde liegende Gesetz noch gar nicht beschlossen ist?
3. In welchen Zeitungen bzw. Medien und wie oft wurde diese Anzeige geschaltet und wie oft soll sie noch erscheinen?
4. Wie hoch belaufen sich die Kosten für diese Anzeigenkampagne?

Der **Chef der Staatskanzlei** hat die Kleine Anfrage mit Schreiben vom 26. September 2008 wie folgt beantwortet:

Zu 1.:

Die Anzeigen sind Teil der Standortkampagne der Landesregierung und wurden von der Staatskanzlei in Auftrag gegeben.

Zu 2.:

Die Anzeigen sollen über den Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung der Schulstruktur informieren und die innovative Bildungspolitik im Land Rheinland-Pfalz illustrieren. Die Ziele des Gesetzentwurfs werden in werbendem Stil formuliert: „Realschule plus: Gemeinsam besser weiterkommen“. Die auf dem Photo abgebildeten Schülerinnen und Schüler sind Schülerinnen und Schüler einer Schule in Mainz und keine „Models“.

Im Text der Anzeige wird mit keinem Wort suggeriert oder gar behauptet, dass der Landtag das Gesetz zur Änderung der Schulstruktur bereits beschlossen habe. Dies gebietet der Respekt vor dem Parlament. Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung hatte der Gesetzentwurf bereits folgende Stationen passiert:

- | | |
|----------------|---|
| 11. März 2008 | Grundsatzbeschluss des Ministerrats (1. Durchgang) |
| 12. März 2008 | Beginn der Anhörung |
| 23. April 2008 | Ende der Anhörung |
| Danach: | Auswertung der Anhörungsergebnisse, rechtsförmliche Prüfung |
| 1. August 2008 | Zuleitung des Gesetzentwurfs an die Staatskanzlei |

b. w.

11. August 2008	Beratung im Kommunalen Rat
12. August 2008	Beschlussfassung des Ministerrats (2. Durchgang), Zuleitung an den Landtag
28. August 2008	Einbringung des Gesetzentwurfs im Landtag (1. Lesung und Ausschussüberweisung, federführend Ausschuss für Bildung und Jugend, mitberatend Rechtsausschuss)

Zu 3.:

Die Anzeige wurde am 8. September in folgenden rheinland-pfälzischen Tageszeitungen geschaltet:

Pirmasener Zeitung,
Rhein-Main-Presse,
Rheinpfalz,
Rheinzeitung,
Trierischer Volksfreund.

Am 11. September 2008 erschien die Anzeige in der Süddeutschen Zeitung.

Sie erschien auch in der September-Ausgabe des Regional-Magazins BIG und in der September-Ausgabe des Magazins „Live“ (Frankfurter Hof, Mainz) sowie am 1. September im Lesezirkel.

Weitere Schaltungen sind offen.

Zu 4.:

Die Kosten betragen 50 277,75 Euro.

Martin Stadelmaier
Staatssekretär